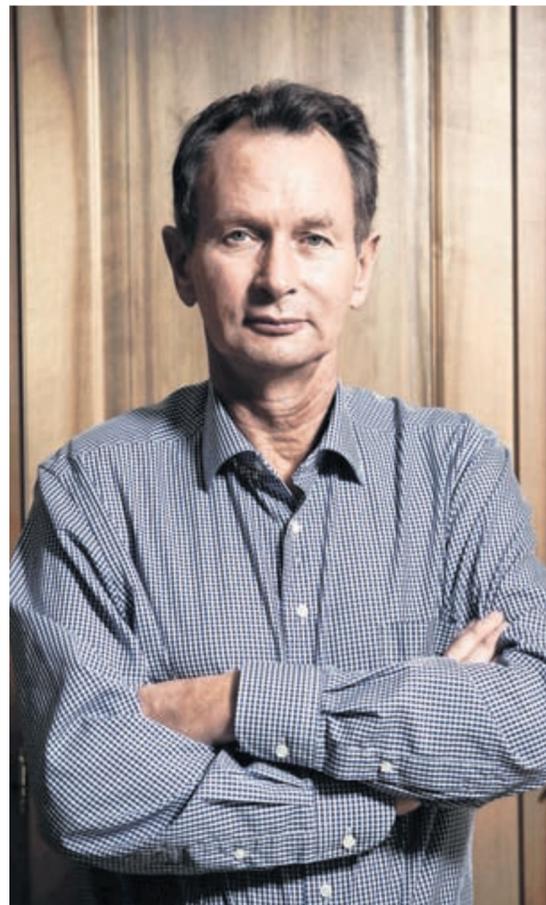


# «Eveline Widmer-Schlumpf isoliert sich zusehends»

**BUNDESRAT** FDP-Präsident Philipp Müller wirft Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf vor, wichtige Entscheide mit ihren Sololäufen aufs Spiel zu setzen.

INTERVIEW SERMÍN FAKI UND EVA NOVAK  
schweiz@luzernerzeitung.ch



FDP-Präsident Philipp Müller im Element: «Ohne die Unterstützung der Politik in der Krise gäbe es heute keine UBS mehr.»

Bilder Manuela Jans

Herr Müller, Anfang Woche hat die UBS angekündigt, 10 000 Stellen zu streichen, davon 2500 in der Schweiz. Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf hat der UBS sozusagen dazu gratuliert. Gratulieren Sie auch?

Philipp Müller: Der Stellenabbau ist die logische Konsequenz aus der Regulierung der Banken mit der «Too big to fail»-Vorlage. Diese zwingt die beiden systemrelevanten Grossbanken zu mehr Eigenmitteln, je risikoreichere Geschäfte sie tätigen wollen. Es war klar, dass dies zu einer Redimensionierung führen wird. Das Investmentbanking, das jetzt verkleinert wird, war zudem schon jahrelang kein gutes Geschäft für die UBS.

waschen, ohne es nass zu machen. Eine derart grosse Bank kann nicht sicherer und kleiner werden, ohne Stellen abzubauen. Wer jetzt der Politik die Schuld gibt, verdreht allerdings Ursache und Wirkung: Ohne die Unterstützung der Politik in der Krise gäbe es heute keine UBS mehr.

Einen Stellenabbau kann man auf verschiedene Weise bewerkstelligen. Muss die UBS, die nach ihrer Rettung gewissermassen beim Staat in der Schuld steht, ...

Müller: ... Einspruch! Der Staat hat letztlich Gewinn gemacht mit der UBS-Rettung. Auch wenn wir viel Glück hatten.

Also hat die UBS-Spitze mit CEO Sergio Ermotti und Verwaltungsratspräsident Axel Weber Recht, wenn sie der Politik die Hauptschuld am Stellenabbau gibt. Ist das sogenannte Swiss Finish – die hohe Eigenkapitalquote – zu viel des Guten?

Müller: Nein. Die Vorschläge hat eine Expertengruppe erarbeitet, in der auch Bankvertreter sassen. Diese Fachleute kamen einstimmig zum Ergebnis, dass die neuen Bestimmungen das richtige Mass haben. Bundesrat und Parlament haben sich dem im Grossen und Ganzen angeschlossen. Damit ist das Risiko für die Schweiz gesunken, von einer Grossbank in den Abgrund gerissen zu werden. Und das war das Ziel.

Trägt also die Politik eine Mitschuld?

Müller: Der Stellenabbau ist sehr bedauerlich. Aber man kann das Bärenfell nicht

Sollte die UBS auf Kündigungen verzichten? Schliesslich sind in der Schweiz vor allem ganz normale Angestellte und nicht Investmentbanker betroffen.

Müller: Von einem verantwortungsvollen Arbeitgeber – und ich unterstelle der UBS das jetzt einmal – erwarte ich, dass er versucht, den Abbau über Pensionierungen und natürliche Fluktuationen zu bewerkstelligen. Kommt es dennoch zu Kündigungen, muss es selbstverständlich einen Sozialplan geben. Aber ich bin zuversichtlich: Verwaltungsratspräsident Axel Weber verfügt über die nötige politische Sensibilität.

Im Gegensatz zum ehemaligen Investmentbanker Ermotti ...

Müller: Herm Ermotti kenne ich weniger gut. Vom früheren Notenbankchef Weber weiss ich, dass er politisches Gespür hat.

Weber hat angekündigt, dass die hohen Löhne und Boni sinken werden. Seinen eigenen Antrittsbonus über 4 Millionen Franken findet er aber nach wie vor in Ordnung.

Müller: Das ist dem sozialpolitischen Klima sicher nicht zuträglich. Aber vor wenigen Jahren hätte Herr Weber noch viel mehr bekommen. Zudem bin ich überzeugt, dass er die richtige Person an

**«Wir wissen ja nicht einmal, was sich hinter der angekündigten Weissgeldstrategie verbirgt.»**

PHILIPP MÜLLER

der Spitze der UBS ist. Ihm ist zu verdanken, dass das Investmentbanking zurückgefahren wird. Wichtig ist, dass er eine sichere Bank schafft und für eine Weissgeldrealität einsteht.

Auch der abgesagte Investment-Chef Carsten Kengeter erhält einen Bonus.

Müller: Natürlich ist es stossend, wenn Manager mit exorbitanten Entschädigungen wegbefördert werden. So etwas versaut das sozialpolitische Klima. Aber die UBS ist wieder privat finanziert, daher ist die Lohn- und Bonifrage ihre Sache. Bremsen könnten das die Aktionäre, wenn der vom Parlament erarbeitete Gegenvor-

schlag zur Minder-Initiative nächstes Jahr in Kraft gesetzt wird. Das ist aber nur möglich, wenn zuerst die Minder-Initiative abgelehnt wird.

Herr Müller, Sie erstaunen uns: Der Philipp Müller, der noch vor kurzer Zeit die Gier- und Geldmentalität der Banken scharf kritisiert hat, bringt jetzt wieder viel Verständnis für die gleichen Finanzinstitute auf.

Müller: Moment mal, ich habe meine Position überhaupt nicht geändert. Dass Carsten Kengeter der Abgang vergoldet wird, finde ich nicht gut. Ich sage nur, dass der richtige Mann am richtigen Ort das Wichtigste ist. Und Axel Weber ist der richtige Mann. Aber klar, Millionengehälter machen uns Politikern das Leben schwer.

Vor allem, wenn gleichzeitig viele Stellen abgebaut werden.

Müller: Beides zusammen stösst im Volk auf wenig Verständnis.

Die UBS hat beim Stellenabbau wohl nur den Anfang gemacht. Experten sagen, in den kommenden Jahren würden auf dem Schweizer Finanzplatz 50 000 Jobs wegfallen. Das kann dem Präsidenten der Schweizer Wirtschaftspartei FDP doch nicht egal sein.

Müller: Diese Zahl ist wahrscheinlich zu hoch, aber natürlich findet jetzt ein Strukturwandel auf dem Finanzplatz Schweiz statt – und nicht nur hier. Der Casino-Kapitalismus konnte nicht ewig funktionieren. Ähnlich wie bei der Industrie in

den Neunzigerjahren gibt es nun eine Marktvereinigung. Das kann man nicht aufhalten. Die Welt verändert sich, und wenn sich die Schweiz nicht anpasst, machen wir besser einen Wassergraben ums Land, stellen Wachtürme auf und installieren eine Zugbrücke. Rein kommt nur noch, wer genug Dukaten hat. Aber Export und Handel mit dem Ausland können wir dann vergessen. Und dann verlieren wir viel mehr Arbeitsplätze.

Benötigt der Finanzplatz in den nächsten Jahren flankierende Massnahmen, um auch weiterhin zum Wohlstand beitragen zu können?

Müller: Nein, die Politik muss gute Rahmenbedingungen schaffen. Staatshilfe braucht es nicht. Andere Branchen bekommen auch keine staatliche Unterstützung, wenn Strukturformen anstehen.

Eine Task-Force, die jetzt gefordert wird, braucht es also nicht?

Müller: Hören Sie mir bloss damit auf! Immer, wenn in der Schweiz etwas passiert, schreit irgendein Politiker nach einer Task-Force.

Die Finanzplatzstrategie, die Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf ausarbeitet, beinhaltet ebenfalls eine derartige Kommission.

Müller: Diese Finanzplatzstrategie, die mit ihren unterschiedlichen Bestandteilen enorm wichtig ist, fordern wir schon seit zwei Jahren. Sie muss Rechtssicherheit und Perspektiven schaffen. Aber wir wissen ja nicht einmal, was sich hinter der

angekündigten Weissgeldstrategie verbirgt.

Entschuldigung, Ihre Partei hat den Ausdruck erfunden.

Müller: Ja, aber wir haben ihn auch mit Inhalt gefüllt. Heute sagt jeder zehnmal am Tag Weissgeldstrategie – aber was das sein soll, ist völlig unklar. Ich weiss nicht, was Frau Widmer-Schlumpf will. Ich weiss nur, dass sie am Mittwoch im Bundesrat aufgelaufen ist.

Sagen Sie uns, warum.

Müller: Die genauen Gründe kenne ich nicht.

Auch Ihre Bundesräte – Johann Schneider-Ammann und Didier Burkhalter – waren nicht zufrieden mit Widmer-Schlumpfs Bericht zur Finanzplatzstrategie. Warum?

Müller: In unserem Land hat man nur als Teamplayer Erfolg. Wir sind wie eine Champignonkultur: Wer alleine zu hoch hinaus will, wird geköpft, weil er den anderen zu viel Sonne wegnimmt. Auch im Bundesrat muss man sich Verbündete suchen, um Mehrheiten zu erhalten. Doch stattdessen isoliert sich Frau Widmer-Schlumpf zusehends. Mit Sololäufen kann man aber nichts durchbringen.

Wie bei der ökologischen Steuerreform?

Müller: Ja. Die Bundespräsidentin hat eine Ökosteuern in den Bundesrat gebracht, ohne sich mit Umwelt- und Energieministerin Doris Leuthard abzusprechen.

Oder nehmen wir die Unternehmenssteuerreform III. Wir wissen schon lange, dass die unterschiedliche Besteuerung von gemischten Gesellschaften ein Problem ist, das wir schnell lösen müssen. Im Moment ist Frau Widmer-Schlumpf dabei, sich von den Kantonen ein Mandat für Verhandlungen mit der EU geben zu lassen. Die parlamentarische Gruppe Steuern, in der ich auch vertreten bin, hat sie aber nicht hinzugezogen. Dabei braucht sie auch im Parlament eine Mehrheit für das Mandat. Darauf keine Rücksicht zu nehmen, kann sich rächen.

Wie jetzt bei der Finanzplatzstrategie?

Müller: Ja, da müssen auch die Banken in die Arbeiten mit einbezogen werden. Es sind ja diese Leute, die die Regeln

**«Wir sind nicht mehr so naiv, zu glauben, dass man allen Banken blind vertrauen kann.»**

PHILIPP MÜLLER

später umsetzen müssen. Frau Widmer-Schlumpf muss mit den Beteiligten reden. Dann hat sie auch Rückendeckung, wenn sie mit dem Ausland verhandelt.

Was müsste in der Weissgeldstrategie stehen, damit die FDP dahinterstehen kann?

Müller: Wir wollen eine strenge Selbstregulierung der Banken, die von der Finanzaufsicht Finma kontrolliert wird. Wir sind nicht mehr so naiv, zu glauben, dass man allen Banken blind vertrauen kann.

Was soll die Selbstregulierung beinhalten?

Müller: Die Banken müssen soweit als möglich gewährleisten, dass sie nur noch sauberes Geld verwalten, ...

... auch bei den ausländischen Steuerbehörden nachfragen, ob die Gelder versteuert sind?

Müller: Das ganz sicher nicht. Banken sind keine Steuerbehörden. Wenn ein Bankkunde unehrlich ist, darf dies nicht dazu führen, dass eine Bank an seiner Stelle haftbar gemacht wird. Sonst könnte ein Kunde durch sein betrügerisches Handeln eine Bank in den Ruin treiben.

Das heisst: Die Banken fragen den Kunden einfach, ob das Geld okay sei, der Kunde unterschreibt eine Erklärung – und das war es. Ist das vertrauenswürdig?

Müller: Eine solche Selbstdeklaration kann nur ein ergänzendes Hilfsmittel sein, wenn diese von den Herkunftsaaten der ausländischen Kunden auch akzeptiert wird und wir dafür Marktzutritt erhalten. Mit sauberen, von der Finma überprüften Richtlinien kann man eher sicherstellen, dass nur noch versteuertes Geld entgegengenommen wird. Eine gute Zusammenarbeit zwischen den Finanzinstituten und der kontrollierenden Finma ist die beste Gewähr für einen sauberen Finanzplatz.

Warum wollen Sie denn so kleine Schritte gehen? Selbst Sergio Ermotti kann sich einen global geltenden automatischen Informationsaustausch vorstellen. Die FDP sträubt sich dagegen.

Müller: Falsch, Herr Ermotti hat lediglich gesagt, dass er als Bankier mit dem automatischen Informationsaustausch leben könne, wenn dieser zum globalen OECD-Standard werde. Doch die USA und die Schweiz werden dem nicht zustimmen. Wir wollen keinen gläsernen Bürger. Unser Gegenmodell Abgeltungssteuer sichert Staaten Steuergelder statt eine wertlose Datenflut wie beim Informationsaustausch. Aber: Bis anhin hat sich das Parlament immer hinter den OECD-Standard gestellt. Ich nehme an, dass das auch in Zukunft so bleiben wird.

Und wie sieht es mit dem Bankgeheimnis im Inland aus? Das aufrechtzuerhalten, ist für Sergio Ermotti «ein Witz».

Müller: Wir verlangen, dass bei der Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug inskünftig die Schwere des Deliktes massgeblich ist. Das Parlament hat unsere entsprechende Motion denn auch unterstützt.

Aber ist es moralisch vertretbar, ausländischen Steuerbehörden Zugang zu Daten zu gewähren und Schweizer Steuerbehörden nicht?

Müller: Ja, das ist vertretbar. Wir haben eine andere Steuerkultur und -moral und werden unsere Bürger nicht flächendeckend kriminalisieren.

## Ist Eveline Widmer-Schlumpf ganz bewusst aufgelaufen?

**WEISSGELDSTRATEGIE** FDP-Präsident Philipp Müller wirft Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf vor, die Weissgeldstrategie mit einem Sololauf zu gefährden (siehe Interview). Auch andere Quellen bestätigen, dass der Inhalt des am Mittwoch in den Bundesrat eingebrachten Berichts nicht mehr dem entsprochen habe, was die Bündnerin angekündigt hatte. In letzter Sekunde, so heisst es, soll Widmer-Schlumpf ihre Meinung geändert und eine Variante vorgeschlagen haben, mit der sich weder die SP noch die Banken anfreunden können. So erklären sich die Mitberichte der SP-Magistraten

Alain Berset und Simonetta Sommaruga sowie von FDP-Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Bei letzterem sollen Banken und der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse massiv lobbyiert haben.

Im Finanzdepartement wundert man sich dennoch, dass die anderen Bundesräte die Bundespräsidentin desavouiert haben. Die Rede ist von einem «kleinlichen Vorgehen», es sei schliesslich nur ein Bericht, und man habe bei der Beratung der für Anfang nächsten Jahres angekündigten Vernehmlassungsvorlage zur Weissgeldstrategie noch ausreichend Möglichkeit, einzu-

greifen. Andere Departemente weisen diesen Vorwurf zurück: «Im Bericht werden die Eckwerte schon bestimmt. Es war der richtige Zeitpunkt zum Eingreifen», sagt ein Departementsmitarbeiter. Widmer-Schlumpfs Niederlage sei intern aber nicht so desaströs, wie es nach aussen den Anschein mache.

**«Es lohnt sich, sich Zeit zu nehmen»**

Vielleicht hat die Regierung die Bundespräsidentin auch gar nicht düpiert, sondern ihre Weissgeldstrategie bewusst und vielleicht gar mit deren implizitem Einverständnis auf die lange Bank geschoben. Diese Theorie vertritt Konrad

Graber, Präsident der ständerätlichen Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK). «Ich kann mir vorstellen, dass der Bundesrat das Thema nicht forcieren möchte, sondern die Abstimmung über das Steuerabkommen in Deutschland abwarten und erst im Januar entscheiden möchte», sagt der Luzerner CVP-Politiker, der als «Vater» des diskutierten Berichts bezeichnet werden kann. Denn es handelt sich um einen Folgebericht des ersten Finanzplatzberichts des Bundesrats aus dem Jahre 2009, welcher auf einen Vorstoss von Graber zurückging. Graber meint, das Ergebnis in Deutschland werde

wegweisend sein, ob die Abgeltungssteuer eine breite Akzeptanz finden werde. Das wiederum habe Folgen auf die Finanzplatzstrategie, weil nicht deklarierte Gelder in der Schweiz nur noch eine absolute Ausnahme wären. Eine Strategie wechsele man nicht von einem Tag auf den anderen, gibt Graber zu bedenken, und folgert daraus: «Es ist deshalb sinnvoll, sich die nötige Zeit zu nehmen und sich nicht vor einer in Deutschland anstehenden Abstimmung zu verabschieden, welche eben diese Strategie beeinflussen kann.»

SERMÍN FAKI  
sermin.faki@zentralschweizsamsonntag.ch